

80 000—88 000, Bullen 1. 82 000—90 000, 2. 71 000 bis 78 000, Junggrinder 1. 93 000—102 000, 2. 80 000 bis 90 000, 3. 70 000—78 000, Röhre 1. 64 000—72 000, 2. 54 000 bis 62 000, 3. 35 000—49 000, Kälber 1. 91 000—96 000, 2. 82 000—88 000, 3. 75 000—80 000, Schweine 1. 180 000 bis 190 000, 2. 170 000—178 000, 3. 160 000—168 000 Mt. Verlauf des Marktes: lebhaft.

Stuttgart, 23. Jan. Die Stuttgarter Metzgerinnung hat mit Wirkung vom Mittwoch ab die Fleischpreise folgendermaßen erhöht: Ochsen- und Rindfleisch 1 600 Mark (am letzten Freitag 1 280 Mt.), II 1400—1440 Mt., Kalbfleisch 1 060—1120 Mt. (960), II 860—920 Mt., Kalbfleisch 1400 bis 1440 Mt. (1140), Schweinefleisch 2400 Mt. (1600), Hammelfleisch 1160 bis 1180 Mt. und Schafffleisch 980 bis 1040 (unverändert) je pro Pfund.

Stuttgart, 23. Jan. Die Fettpreise steigen unentwegt den Dollar nach. Am Dienstag kosteten in der Markthalle: Butter 2600 Mark (Samstagmarkt: 2200 Mt.), Schweinefleisch 3600 Mt. (2700), Margarine 1900—2200 Mark, Schmelzmargarine 2600 (1700), Rotschmalz 2400—2600 Mt. (1700—1900 Mark).

Der Weizenpreis, der seit unserer letzten Meldung auf 140 000 Mark für einen Doppelzenter Spezial Null gestiegen war, ist nunmehr von der Süddeutschen Mühlenvereinigung auf 130 000 Mark herabgesetzt worden.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 23. Jan. Eine vom „Stuttgarter Neuen Post“ heute früh mit 100 000 Mark eingeleitete Sammlung zu Gunsten der Ruhrländer hatte bis in die Nachmittagstunden bereits über 4 Millionen Mark ergeben.

Stuttgart, 23. Januar. Der Untersuchungsausschuss im Falle Krill-Bazille vernahm heute vormittag den Minister Krill und beriet darüber, wie die Angelegenheit aufs raschste erledigt werden könne.

Karlruhe, 24. Jan. Die Zeichnung auf die 2. Serie der Badenwert-Kohlenwert-Anleihe ist wegen starker Ueberzeichnung geschlossen worden.

Ludwigshafen, 23. Jan. Die beschlagnahmten 100 Millionen Mark Lohngehälter der Badischen Anilin und Sodafabrik sind immer noch nicht freigegeben worden, sodass die Lohnauszahlung am kommenden Freitag in Frage gestellt ist. Der Vorstand der Reichsbankstelle Ludwigshafen ist nunmehr, laut „Neuester Badischer Landeszeitung“, die nötige Kontrolle der drei gesperrten Konten durch einen Vertreter der internationalen Rheinlandsbankmission genehmigt. Die Badische Anilin- und Sodafabrik macht demgegenüber geltend, dass das Geld bereits abgehoben und quittiert war, sodass es sich bereits in ihrem Besitz befindet. Dies lassen die Franzosen nicht gelten und das Geld bleibt solange beschlagnahmt, bis der Vorstand der Reichsbankstelle in Ludwigshafen die geforderte Kontrolle genehmigt. Das deutsche Zollamt in Ludwigshafen ist ebenfalls von den Franzosen besetzt worden. Eine Kontrolle wird jedoch nicht durchgeführt.

Sperger, 23. Januar. Der von der Befehlungsbehörde abgesetzene Regierungspräsident der Pfalz, Freiherr von Wilmersberg, wurde heute nachmittag 5 Uhr von der französischen Gendarmerie im Präsidialgebäude abgeholt und über die Brücke nach Mannheim geführt. Die Geschäfte des Regierungspräsidiums wird nach der „Wahlschen Rundschau“ nunmehr sein Stellvertreter, Regierungsdirektor Matthäus, übernehmen.

München, 23. Jan. Die bayerische Regierung hat der Reichsregierung mitgeteilt, dass sie für die Sicherheit des französischen Gesandten in München zwar alle Maßnahmen getroffen habe, aber keine feste Gewährung dafür übernehmen könne. Die Reichsregierung hat von dieser Mitteilung der bayerischen Regierung Paris benachrichtigt.

München, 24. Jan. In der Begründung der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtags nahm Präsident Königbauer das Wort zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die französische Zwangsherrschaft im Westen. Die Abgeordneten, die die Rede des Präsidenten lebend angehört hatten, hinterließen die Kundgebung, indem sie ihre Zustimmung durch ein alleseitiges Bravo zum Ausdruck brachten.

München, 23. Januar. Die entschlossene und unbeugsame Haltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Ruhrgebiet gegenüber den französischen Bedrückungen wird in ganzen bayerischen Volk und in der ganzen bayerischen Presse mit dem Gefühl tiefer Dankbarkeit für ihr waterloovisches Verhalten begleitet. Eine Reihe bayerischer Zeitungen aller Richtungen bezeichnen es in Aufrufen an die Bewohner von Stadt und Land, als die heilige Pflicht, hinter die Kämpfer im Ruhrgebiet zu treten, und ihnen das Wohlwollen zu erleuchten. An die bayerische Regierung ist es das Land das Ersuchen gerichtet worden, sofort ein Gesandter aller Stände des Landes für das Ruhrgebiet in die Wege zu leiten.

München, 23. Jan. Die Direktion des Hotels „Bier Jahreszeiten“ hat gestern sämtliche Franzosen und Belgier, ausschließlich der Mitglieder der Entente-Kommission, aufgefordert, bis zum Abend das Hotel zu verlassen. Seit dem Morgen verweigerte das gesamte Hotelpersonal diesen Ausländern jegliche Dienstleistung. Auch die übrigen Hotels in München haben sich mit den „Bier Jahreszeiten“ solidarisch erklärt. Die Polizei- und Staatsbehörden sind von dieser Sachlage unterrichtet worden.

Mannheim, 22. Januar. Mit der Verteidigung der Ruhr-Industriellen beim Bergwerksleiter bei den morgigen Kriegsgerichtshandlungen sind außer Rechtsanwalt Dr. Grimm auch Essen auch zwei ständige, beim hiesigen französischen Kriegsgericht wirkende Verteidiger besetzt, nämlich der deutsche Rechtsanwalt Neumann und der französische Rechtsanwalt Seliers aus Nancy.

Mannheim, 23. Januar. Die Betriebsräte des gesamten hiesigen Wirtschaftslebens haben gestern in einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung eine Entschliessung angenommen, in der gegen das französisch-belgische Vorgehen

im Ruhrgebiet und gegen die Verhaftung von Beamten scharfste Verwahrung eingelegt und eine Kommission der Beamten und Betriebsräte beauftragt wird, mit den französischen Behörden in Verhandlungen einzutreten, damit die Verhaftungen, sowie die bisherigen Maßnahmen rückgängig gemacht werden.

Mannheim, 24. Jan. Regierungspräsident Dr. Grüner hat gestern vormittag nochmals versucht, gemeinsam mit Arbeitervertretern eine Besprechung mit den französischen Generalen zu erreichen, ist aber abschlägig beschieden worden. Der Präsident hat alsdann mit den Arbeitervertretern der Zeche „Bonifacius“ und der staatlichen Zeche eine Protesterklärung überreicht mit dem Hinweis, dass 600 000 Arbeiter hinter ihnen stehen.

Mannheim, 23. Jan. Der 24-jährige Papiereisende Peter Winter aus Speicher bei Trier hatte sich vor dem französischen Kriegsgericht zu verantworten, weil er im Sommer v. J. in Trier eine Ortsgruppe der sogenannten Ehrhard-Brigade als Präsident geleitet und für diese Organisation Waffen gesammelt haben soll. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis.

Rhein, 24. Januar. Die berufenen Vertreter der gesamten Beamten und Arbeiter der deutschen Reichsbahn, Direktionsbezirk Köln, haben dem Vertreter der argentinischen Zeitung „La Razon“ in einem Schreiben für sein mannhaftes Eintreten für die menschenwürdige Behandlung der von den Franzosen widerrechtlich festgenommenen aus dem Ruhrgebiet nach Mainz abtransportierten Vertreter und Beamten des deutschen Ruhrbergbaus ihre größte Anerkennung und Dankbarkeit ausgesprochen.

Düsseldorf, 23. Jan. Im Hofen von Emmerich ist ein Kohlenlohn, der für die hiesigen Delwerke bestimmt war, von den Belgieren beschlagnahmt worden. Das Werk ist gezwungen, seinen Betrieb stillzulegen. Wegen dieser Beschlagnahme, sowie wegen der Beschlagnahme eines Kohlenlohns in Mosel hat die Regierung zu Düsseldorf scharfsten Protest erhoben.

Essen, 23. Januar. Zwischen den Fochverbänden und den vier Bergarbeiterverbänden ist heute eine Einigung über die neuen Löhne zustande gekommen.

Essen, 23. Januar. Infolge des französischen Eingriffs in die Betriebe haben außer den Beamten und Arbeitern des Bahnhofstertrades auch die Bahnhöfe Oberhausen und Reiderich-Süd die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitseinstellung auf dem Bahnhof in Oberhausen dürfte die schwerwiegendsten Folgen nach sich ziehen.

Essen, 24. Jan. Gestern Mittag, als die Arbeiter und Angestellten die Betriebe und Geschäfte verließen, gestaltete sich der Verkehr in der Nähe des Essener Hauptbahnhofes sehr lebhaft. Die Franzosen haben daraufhin vor dem Hauptpostamt Maschinengewehre in Stellung gebracht und schussfertig gemacht. Nur der Besonnenheit der Bevölkerung ist es zu verdanken, dass irgend welche Zwischenfälle vermieden wurden. Von zuverlässiger Seite wird mitgeteilt, dass in Wathingen farbige Franzosen festgenommen worden sind. Es handelt sich nicht um ein ganzes Regiment, sondern um farbige Franzosen, die bei einzelnen Dienststellen tätig sind.

Hamborn, 23. Jan. Die polnischen Beamten und Angestellten der Thyssenschen Werke übersandten dem Regierungspräsidenten mit der Bitte um Weitergabe an das französische Hauptquartier eine Entschliessung, in der sie ihre Erregung über die Verhaftung ihres Chefs Friß Thyssen durch fremde Gewalttäter ausdrücken und erklären, dass sie nur die Anordnungen der deutschen Regierung und ihrer Vertretung befolgen werden.

Hamborn, 23. Jan. Da die Bemühungen der Thyssen-Betriebsräte um sofortige Freilassung Friß Thyssens ergebnislos geblieben sind, ist heute früh die gesamte Arbeiter- und Beamtenchaft der Thyssenwerke in den Streik getreten.

Stertrade, 23. Jan. Zu der Arbeitseinstellung auf dem Bahnhof Stertrade meldet die „Rheinische Zeitung“: Als der Ausfall der Beamten und Arbeiter begann, besetzten die Belgier den Bahnhof mit einer Kompagnie. Nach den Verhandlungen mit dem Bahnhofsvorsteher zogen sie später wieder ab. Jetzt ist der Betrieb wieder im Gange. Der Bahnhofsvorsteher stellte folgende Bedingungen: 1) vollständige Räumung des Bahnhofs; 2) kein Soldat darf den Bahnhof ohne Bahnsteigkarte betreten; 3) kein Beamter oder Arbeiter wird wegen des Ausfalls zur Verantwortung gezogen werden.

Nachen, 23. Januar. Heute vormittag hat im hiesigen Schwurgerichtssaal vor dem Kriegsgericht der belgischen Besatzungsarmee die Verhandlung gegen 8 Angehörige der Grünen Schutzpolizei in Hamborn, einen Kleinbahnbesitzer und eine Witvin in Hamborn begonnen, die der Ermordung des belgischen Leutnants Graff beschuldigt werden. Der Zuschauerraum war dicht gefüllt. Die Angeklagten, die sich mit Ausnahme der Witvin in Untersuchungshaft befinden, wurden gesesselt in den Saal geführt. Für die Verhandlungen sind 5 Tage vorgesehen und 23 Zeugen geladen. Nach Verlesung der umfangreichen in französischer Sprache abgefassten Anklageschrift schritt das Gericht zur Vernehmung der Angeklagten, die ihre in der Voruntersuchung gemachten Geständnisse zurücknahmen mit der Begründung, dass sie unter moralischem Zwang gehandelt hätten. Sie stellten jede Beteiligung an dem Mord in Abrede.

Nachen, 23. Jan. Die hiesigen Privatbanken haben erklärt, dass sie, da sie wegen der Beschlagnahme von Bankbeständen den ordnungsmäßigen Betrieb nicht aufrecht erhalten könnten, ihre sämtlichen Kassen geschlossen halten. Die Reichsbank ist bereits seit Samstag geschlossen.

Leipzig, 23. Jan. Heute hat unter dem Vorsitz der Leipziger Handelskammer in deren Räume unter Beteiligung einer Reihe von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden eine Sitzung zur Schaffung einer Hilfsaktion für das Ruhr- und das Rheingebiet stattgefunden. Im Anschluß an einen allgemeinen Aufruf forderten die beteiligten Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder auf, vorläufig einen Betrag von mindestens 1 Prozent des Dezemberumsatzes zu leisten.

Die Aktion ist sehr großzügig eingeleitet und wird als anhaltende Maßnahme geplant.

Berlin, 23. Januar. Von hiesiger maßgebender italienischer Seite wird uns mitgeteilt, dass das italienische Auswanderungsamt in Rom versichert, dass die Einreise nach Deutschland der in München angehaltenen italienischen Arbeiter in keinem Zusammenhang mit den Ereignissen im Ruhrgebiet stehe. Es nehme vielmehr an, dass die fraglichen Arbeiter sich nur auf der Durchreise befinden.

Berlin, 24. Jan. Von französischer Seite wird die Nachricht verbreitet, dass in Deutschland wichtige Truppenbewegungen vorgenommen werden. Hierzu wird von französischer Seite erklärt, dass alle deutschen Truppen in ihren Garnisonen sind und dass keinerlei Truppenzusammenziehungen irgend welcher Art stattgefunden haben.

Berlin, 24. Jan. Gestern Nachmittag hat in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften stattgefunden, die bis in die späten Abendstunden dauerte. In eingehender Erörterung ist die gesamte, durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs und Belgiens hervorgerufene Lage durchgesprochen und dabei volle Einigkeit über die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt worden. Seitens der Gewerkschaften sind Anregungen gegeben worden, die von den zuständigen Ressorts verfolgt werden. Die einmütige Auffassung der Teilnehmer der Besprechung ging dahin, dass in der erfolgreich begonnenen Abwehr des rechts- und friedensbrechenden, mit militärischer Gewalt unternommenen Einbruchs mit allen zweckdienlichen Mitteln fortgefahren werden müsse.

Berlin, 23. Jan. Der Reichstag ist jetzt endgültig zu nächsten Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 2 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht neben kleinen Vorlagen die erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1923, wozu der Finanzminister die Staatsrede halten wird. Im Zusammenhang damit wird er auf den Gewaltakt der Franzosen im Ruhrgebiet näher eingehen.

Berlin, 23. Januar. Der Nationale Klub in Berlin teilt mit, dass er für Unterstützung des Widerstands gegen die Franzosen für die noleidenden Arbeitnehmer im Ruhrgebiet vorläufig 4 Millionen Mark zu geben beschloßen habe. — Der Dollarkurs betrug am Dienstag Mt. 19950.—

Paris, 24. Jan. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur in Düsseldorf meldet die Ankunft von französischen Zollbeamten und die Einrichtung eines Zollüberwachungslokals, die bald fertiggestellt werde. Nach vollständiger Durchführung des französischen Plans werde man alle Ausgänge des Ruhrgebiets in der Hand haben.

London, 23. Jan. Aus Cork wird gemeldet: Regierungstruppen haben in dem Hause, in dem Michael Collins den Tod gefunden hat, eine Anzahl Aufständischer festgenommen. Dabei wurden Dokumente über die Tätigkeit der Rebellen in dieser Gegend beschlagnahmt. In Dunalk (Irland) wurden drei Männer wegen unbefugten Besitzes von Waffen hingerichtet. Die Gesamtzahl der Hinrichtungen beträgt nunmehr 38.

London, 23. Jan. Die Krise im Ruhrgebiet führt zu einer Hochflut von Bestellungen. An der Nordostküste Englands wird infolgedessen bereits ein großer Mangel an Rohstoffen sichtbar. Zahlreiche Gießereien sind so gut wie ausverkauft.

London, 24. Jan. Die hier verbreiteten Gerüchte über die Lage im Ruhrgebiet lauten widersprechend. Während ein Teil der Presse optimistische Meldungen aus Paris bringt und die Worte Poincares „Alles geht gut!“ hervorhebt, betonen andere Blätter, dass unparteiliche Beobachter anderer Meinung sind und weisen darauf hin, dass sich Paris auf einen Kampf in Geduld gefaßt mache. Zugleich wird hervorgehoben, dass der Generalstreik im Ruhrgebiet sich zwar nicht verwickelte, dass aber die Stimmung gegen die Franzosen durch die verschärfte Lage höchst bedrohlich geworden sei.

Entschlossenheit der Ruhrdeutschen.

Essen, 23. Jan. Im Hinblick auf die Verhaftung des Vorsitzenden der Bergwerksdirektion Weilinghausen und von sechs Vertretern weiterer Zechen erklären hiermit die Leiter der Zechen des Ruhrgebietes folgendes: „Die Weigerung, derentwegen die Verhaftungen vorgenommen worden sind, ist von der seitens des Reichshöhenkommissars im Falle der Zuwiderhandlung angedrohten Gefängnisstrafe abgesehen, lediglich in Erfüllung des kategorischen Imperativs der Pflicht gegenüber Deutschland und seinen Wesen erfolgt. Sollte sie entgegen den anerkannten Regeln des Völkervertrags zur Verantwortung der Verhafteten führen, so wird uns dies zu einer Wendung unserer Entscheidung ablenkenden Stellungnahme nicht bewegen. Auch wenn weitere Verhaftungen vorgenommen werden sollten, werden uns diese vom Verhalten gegen die Befehle unserer Regierung und unserer zuständigen Behörden nicht abbringen und uns nicht veranlassen, gegen unser Vaterland zu handeln. Wenn selbst alle jetzigen Leiter der Ruhrzechen ihrer Freiheit beraubt würden, so wissen wir, dass alsdann die an ihrer Stelle Treitenden nicht anders handeln und in ihrer Treue gegen das Vaterland nicht wankend werden. Wenn die Befehlungsbehörde glaubt, uns durch Einschüchterungen gefügig machen zu können, so wird sie auf Gramt bestehen.“

Die Franzosen beschlagnahmen Fleisch.

Wellinghausen, 23. Jan. Auf dem Schlachthof ist sämtliches Fleisch für die Besatzungsarmee requiriert worden. Außerdem hat die Besatzungsbehörde weitere Forderungen auf Fleisch gestellt. Die Stadtwirtschaft hat gegen das Vorgehen der Franzosen scharfsten Protest erhoben.

Neue Befehlungen

auf den täglich erscheinenden „Euzäler“ werden fortwährend von aller Postanstalten und unseren Postleuten entgegengenommen.



Essen, 24. Jan. Die französische Besatzungsbehörde hat gestern gelegentlich einer mündlichen Verhandlung auf Grund von Vorstellungen seitens des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, die in den letzten Tagen erfolgt waren, mitgeteilt, daß seitens des Oberbefehlshabers der Rheinarmee Befehle folgenden Inhalts ergangen sind: 1) Es ist allen Truppen ausdrücklich verboten, irgendwelche Fettwaren für den Truppenverbrauch zu beschlagnahmen oder anzukaufen. 2) Das gleiche Verbot ist hinsichtlich von Fleisch und Geflügel in Metzgereien und Schlachthöfen erlassen. Außerdem wurde erklärt, daß die Besatzungsbehörden sich jeglichen Eingriffs in die Zufuhr von Lebensmitteln im Ruhrgebiet auf allen Verkehrswegen enthalten wird. Das soll auch dann gelten, wenn ein Transport für die Entente, also der Reparationskohlentransport, verweigert werden sollte.

Anmerkung des WZB.: Es hat also erst der Vorstellung bedurft, um die französische Offiziersarmee zu diesem aus der elementarsten Rücksicht auf die Bevölkerung gebotenen Maßnahmen zu veranlassen. Wie notwendig diese Vorstellungen waren, haben besonders die umfangreichen Beschlagnahmen in Recklinghausen bewiesen.)

Allgemeine Sammlung für das Ruhrgebiet.

Berlin, 23. Jan. Die Reichsregierung beabsichtigt, für das Ruhrgebiet eine allgemeine Sammlung im ganzen deutschen Reich zu veranstalten. Die Zustimmung der Landesregierungen zu dieser Sammlung ist bereits eingeholt worden. Der Aufruf zur Sammlung soll morgen ergehen. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Santiago de Chile sammelten die Deutschen Chiles für eine Spende für die Ruhrkämpfer. Die erste Rate von 1 Million Dollar (20 Millionen Mark) ist dem Reichskanzler bereits per Kabel überwiesen worden.

Deutscher Protest gegen die Verhaftungen.

Berlin, 23. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die französischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet haben die verhafteten Personen, die ich in meinem gestrigen Protest genannt habe, zum Teil nach Rating gebracht, um sie dort vor ein französisches Kriegsgericht zu stellen. Die Einleitung eines Verfahrens vor französischen Militärgerichten würde jeder Rechtsgrundlage entbehren und in keiner Weise geeignet sein, der Verhaftung den Charakter der Rechtswidrigkeit und Willkür zu nehmen. Die deutsche Regierung stellt deshalb die Forderung, daß ein solches Verfahren nicht stattfinden, daß die Verhafteten vielmehr sofort in Freiheit gesetzt werden. Im Ruhrgebiet sind übrigens inzwischen noch weitere Beamte verhaftet worden. Es handelt sich um den Oberpostdirektor Jäger, den Telegraphendirektor Lehmann, den Präsidenten der Eisenbahndirektion Zahn, sowie den Oberbaurat Busch, sämtlich in Essen. Die Verhaftungen sind erfolgt, weil die Beamten

sich der von den französischen Besatzungsbehörden an sie gestellten Zumutung widersetzen, den vom Reichsverkehrsminister erteilten Befehl zu widerrufen. Die deutsche Regierung erhebt auch gegen diesen Gewaltakt Protest. Sie verlangt sofortige Freilassung der Verhafteten, sofern sie nicht inzwischen bereits erfolgt sein sollte, und behält sich vor, volle Sühntung zu fordern.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 24. Jan. Die Franzosen und Belgier setzen die rechtswidrigen Verhaftungen im Rheinland und im Ruhrgebiet fort. Der Reichskommissar für die besetzten Rheinlande hat der Rheinlandskommission einen Protest der Reichsregierung gegen die Verhaftung und die Ausweisung von Beamten und deren Familien überreicht. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Essen bereitet man dort offenbar die Jollinie vor, die um das gesamte Ruhrgebiet gezogen werden soll. Es sind größere Umgruppierungen der Truppen statt. Das Militär soll offenbar dazu dienen, die Grenzen des Ruhrgebiets in ihrem ganzen Umfang zu besetzen, um so die Durchführung der Jollinie anzubahnen. Voraussichtlich wird es, wenn die Franzosen die Truppen mit der Eisenbahn befördern wollen, zu einem allgemeinen Eisenbahnstreik kommen. Laut „Vossischer Zeitung“ ist der preussische Minister des Innern, Severing, dieser Tage im Ruhrgebiet gewesen, um sich mit den Behörden und den Gewerkschaften zu beraten. Es ergab sich eine völlige Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft mit der Regierung und die Gewissheit, daß die Haltung der Arbeiter fest bleiben wird unter der Bedingung, daß ihre Lohnzahlung und die Lebensmittelzufuhr geregelt wird. Nach einer weiteren Mitteilung desselben Blattes hat sich gestern Reichsverkehrsminister Gröner nach Hamm begeben, um mit dem dortigen Eisenbahnpräsidenten wichtige verkehrstechnische Fragen zu besprechen. Der Versand von Kohlen nach dem Süden, Osten und Norden Deutschlands geht anhaltend gut von statten. Die Hauptgemeinschaft der Hotel-, Gast- und Schankwirtschaftsorganisationen Deutschlands hat sich gestern, den 23. Jan., in der Reichshauptstadt Berlin in der Besatzungszone, wo der Besatzungsbesatz von französischen und belgischen Waren durchzuführen, weder Franzosen noch Belgier anzunehmen und keine Zahlungen in den Währungen dieser Länder entgegenzunehmen. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ hat der Gastwirts- und Kellnerverband in Essen beschlossen, die Angehörigen der Besatzungstruppen zu boykottieren.

Androhung weiterer Expropriationsmaßnahmen.

Berlin, 23. Jan. Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris folgende Mitteilung gemacht: „Die französische Regierung bekräftigt den Empfang des Abkommens, womit die deutsche Regierung gegen die Verhaftung gewisser Personen im Ruhrgebiet protestiert hat. Die französische Regierung weist diesen Protest zurück und ist entschlossen, ihm in keiner Weise Rechnung zu tragen. Alle von der Offi-

zationsbehörde getroffenen Maßnahmen sind vollkommen rechtmäßig. Sie sind die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Vertrags von Versailles. Die französische Regierung ist entschlossen, die Ausübung dieses Vertrags durchzuführen und behält sich vor, alle anderen Sanftmaßnahmen anzuordnen, welche die Haltung der deutschen Regierung, der deutschen Beamten oder der deutschen Staatsangehörigen notwendig machen sollte.“

Unerschüttert.

Berlin, 23. Jan. Die Note, in der der deutsche Geschäftsträger in Paris auftragsgemäß gegen die Erschießung des Krankenträgers Kowalski in Langendreer protestiert wurde, wurde Herrn von Rösch vom französischen Ministerium für Wehren mit folgendem Begleitschreiben zurückgeschickt: „Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, die deutsche Botschaft das heute erhaltene Schreiben zurückzugeben. Es ist ihm nicht möglich, ein Schreiben anzunehmen, in dem derartige Ausdrücke abgefaßt worden sind.“

Anmerkung des WZB.: Es sind nicht die Ausdrücke, denen sich die Note bezieht, sondern die darin festgestellten Tatsachen und Verantwortlichkeiten, die der französischen Regierung unbekannt sind und an die sie nicht erinnert zu werden wünscht. Die Rücksendung der Note schafft diese Tatsachen und Verantwortlichkeiten nicht aus der Welt. Sie zeigt nur, daß die französische Regierung nichts anzuführen weiß, was die Erschießung des harmlosen Krankenträgers durch die französischen Besatzungsbehörden und die dieser Blatte zugrunde liegenden Instruktionen zu rechtfertigen vermag.

Die Schweiz lehnt eine Intervention an der Ruhrbesetzung ab. Bern, 24. Jan. Der Schweizerische Bundesrat hat in den beiden letzten Tagen eingehend mit der Frage einer Intervention der Schweiz beim Völkerverband in der Ruhrbesetzung durch die Franzosen befaßt und ist zu dem Entschluß gekommen, angelehnt der derzeitigen internationalen Lage von einem solchen Schritt abzusehen. Der Schweizerische Bundesrat ist der Ansicht, daß eine Intervention der Schweiz im Völkerverband zurzeit nicht den gewünschten Erfolg haben kann, er ist aber der Meinung, daß unter veränderten Verhältnissen, d. h. wenn die Entwicklung der Ereignisse im Ruhrgebiet den Erfolg einer Intervention ermöglichen sollten, der Völkerverband auf seine Beschlüsse zurückkommen werde.

Die größte Auswahl in Kinderwagen, Klapp-Sportwagen in einfach bis hochsein. Kindermöbel, Ruhefüße, Koffer und Lederwaren in gebieter Ausführung lauten Sie bitte an Wilh. Bross, Pforzheim, Ecke Zornerstrasse und Hammerstr.

Handelskammerwahl.

Die Neuwahl von Mitgliedern der Handelskammer Calw findet am Dienstag, den 30. Januar 1923 statt. Der Oberamtsbezirk Neuenbürg ist in 3 Abstimmungsbezirke eingeteilt:

- 1) Herrenalb mit den Gemeinden Herrenalb, Bernbach, Döbel, Löffelau, Kottenfel.
- 2) Wildbad mit den Gemeinden Wildbad, Calmbach, Enzlhöcker, Höfen.
- 3) Neuenbürg mit den übrigen Gemeinden des Oberamtsbezirks.

Abstimmungsorte sind die Gemeinden Neuenbürg, Herrenalb und Wildbad. Die Wahlvorschriften sind: In Neuenbürg der gesetzliche Stellvertreter des Oberamtsvorstands; in Herrenalb Stadtschultheiß Gräß bezw. bei dessen Verhinderung Stadtbaumeister Schnaitmann daselbst; in Wildbad Stadtschultheiß Wagner bezw. bei dessen Verhinderung Obersekretär Brachhold.

Die Wahlhandlung erfolgt auf den Rathhäusern in Neuenbürg, Herrenalb und Wildbad am 30. Januar 1923, je nachmittags von 2-3 Uhr.

Auswählende haben aus der Kammer:

- 1) Commerell, Karl, Sägewerksbesitzer in Höfen.
- 2) Eys, C. W., Kaufmann in Altensteig.
- 3) Sonnwald, Erwin, Fabrikdirektor in Calw.
- 4) Wagner, Otto, Fabrikant in Calw.
- 5) Wagner, Georg, Kommerzienrat in Calw.

Diese fünf Mitglieder sind durch Neuwahl auf 6 Jahre zu ernennen, dieselben sind wieder wählbar.

In der Kammer verbleiben folgende Mitglieder:

- 1) Bähringer, Otto, Fabrikant in Freudenstadt.
- 2) Dr. H. Eagen, Kaufmann in Calw.
- 3) Nierhammer, W., Kaufmann in Herrenberg.
- 4) Schmid, Paul, Kaufmann in Nagold.

Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Das Wahlrecht wird durch Abgabe verdeckter, in eine Wahlurne niederzulagernder Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

Die Wahl, sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses ist öffentlich.

Neuenbürg, den 23. Januar 1923.

Oberamt: Wagner.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Brennholz-Notversorgung.

Entgegen der bisher üblichen Verteilung nach dem Alphabet wird für das Jahr 1923 die Reihenfolge in der Zuteilung von Brennholz durch eine gemeinderätliche Kommission auf dem Wege der Losziehung am

Freitag, den 26. ds. Mts., von vormittags 8 Uhr ab, im Rathaus festgesetzt. Alle zur Holzversorgung bisher angemeldeten Familien erhalten hierbei fortlaufende Nummern, welche für die Zeit der Holzabgabe bestimmend sind. Interessenten können bei der Feststellung der Reihenfolge anwesend sein. Von Freitag nachmittags 4 Uhr ab können die Holzbezugscheine in der Stadtpflege abgeholt werden. Die Abholung ist mit Rücksicht auf die in kommender Woche schon beginnende Holzabgabe so zu beschleunigen, daß sämtliche Bezugsberechtigten bis spätestens nächsten Montag abend 7 Uhr im Besitz ihrer Scheine sind. Stadtpfleger Glich.

Mehger-Innung Neuenbürg-Wildbad Sitz Wildbad.

Von heute an treten nachstehende Fleischpreise in Kraft:

Ochsenfleisch	p. Pfd.	Mk. 1600
Rindfleisch	" "	Mk. 1600
Kalbfleisch	" "	Mk. 1440
Schweinefleisch	" "	Mk. 2400

Birkenfeld. Starke, 5 Wochen alte Milch-löweine (gute Rasse) sind zu verkaufen Kirchweg Nr. 9. (Laden). H. M. bei Kiefer.

Birkenfeld. Legehühner! 1,3 reifbar. Whandottes, sowie eine schwarze Ziege verkauft. Bester, Gärtner, b. d. „Sonne“.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Wohnungs-Abgabe 1922.

Durch Gesetz vom 21. Dezember 1922 wird zu dem 31. Dezember 1922 und 31. März 1923 fälligen Teilbetrag der Wohnungsabgabe und der Gemeindefürsorge ein Zuschlag von 200 v. H. für Staat und Gemeinde erhoben. Die Abgabe beträgt nunmehr für das Steuerjahr 1922 die Doppelte des jedem Abgabepflichtigen bereits mittels besonderem Aufforderungszettel mitgeteilten Betrags. Somit die Abgabe nachgelassen wurde, gilt in demselben Umfang auch der Zuschlag als nachgelassen.

Hievon werden alle Abgabepflichtigen (Gebäudeeigentümer und Mieter) mit dem Ersuchen in Kenntnis gesetzt, die jeweils fälligen Beträge ohne besondere Anforderung an die Stadtpflege rechtzeitig zu bezahlen.

Steuerratschreiberei.

Wir kaufen zu Tagespreisen jede Art Laubholzstammholz, Papierholz, sowie Grubenholz von 5 cm aufwärts stark.

Karl Seuffer, Komm.-Gef. Sägewerk und Holzhandlung, Herrenalb.

Blingweiler. Ein schönes, 4 Monate altes Zuchtrind, sowie gut erhaltenen, leichten Anhwagen verkauft. Berwed.

Wiegefarten mit und ohne Ueberblatt lieferbar preiswert. G. Weid'sche Buchdruckerei, Ind. D. Strom.

Persil bleibt Persil in alter bewährter Güte! geeignet für alle Arten von Wäsche. Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desodoriert. Niemals löst! Nur in Originalpackung! Azalrige Hersteller: KENKEL & CO., DUSSELDORF, auch der altbewährten „KENKO“ Franke's Wasch- und Bleich-Sozial.

Bezugspreis: ... in Neuenbürg ... durch die ... und ... sowie in ... mit ...

Ne 20.

Deutsche

München, 23. Jan. Die Kommission in Bayern sind bereit ... haben sich an General ...

Speyer, 23. Jan. Regierung ... des ausgewiesenen ...

Stuttgart, 23. Jan. Von ... noch nicht unbedingt ...

Koblenz, 23. Jan. Die ... nach Antwerpen ab ...

Köln, 24. Jan. Der ... nach Köln ist gestern ...

Berlin, 24. Jan. Die ... nach Reparationsverhandlungen ...

Berlin, 24. Jan. Eine ... nach dem 1. Januar ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...

Stuttgart, 23. Jan. Die ... im Rheinland ...